

Krieg und Wege zum Frieden im palästinensisch-israelischen Konflikt

Sergio Nicolás Yahni

Zum Gedenken an Dr. Thabeth Thabeth,
den palästinensischen Friedensaktivisten,
der zu Beginn der Intifada von der
israelischen Armee ermordet wurde

Es war im April 2002. Nach 28 Tagen, die ich in einem Militärgefängnis verbracht hatte, weil ich den Dienst in der israelischen Besatzungsarmee verweigert hatte, besuchte ich zusammen mit einer Gruppe israelischer Aktivisten die Stadt Ramallah. Die Panzerwagen dieser Armee, in der Dienst zu tun ich mich geweigert hatte, waren an jeder Straßenecke zu sehen, und ebenso war überall zu sehen, welche Zerstörungen sie angerichtet hatten.

Wir waren sieben an der Zahl. Unter Umgehung der Militärkontrollen verschafften wir uns heimlich Zugang. Unsere Absicht war, in die *Muqata'*, das Hauptquartier der palästinensischen Polizei dieser Stadt, zu gelangen. Dort hielten sich, von der Armee belagert, der palästinensische Präsident und seine nächsten Mitarbeiter auf. Zusammen mit den palästinensischen Regierungsmitgliedern befanden sich dort auch ausländische Aktivisten, die ihnen zum Schutz dienen sollten. Wir wollten auch dort bei den belagerten Führungskräften sein und zusammen mit den in internationaler Solidarität Angereisten protestieren gegen die neuerliche Besetzung der Stadt durch die Truppen Israels. Wir wollten unsere Stimme erheben für den Frieden und gegen die Besetzung.

Die Nacht, die der Verwirklichung unseres Vorhabens, den israelischen Sicherheitscordon rund um die *Muqata'* zu durchbrechen, vorausging, verbrachten wir in einem palästinensischen Hospital – zusammen mit den während der Kämpfe des letzten Monats Verwundeten. Die Leitung des Hospitals hatte den Autoparkplatz in ein Massengrab verwandelt, da es in den Kühlräumen des Leichenhauses nicht mehr genügend Platz gab. Wir hatten nie erwartet, dass wir in Ramallah sehr willkommen sein würden, und noch viel weniger erwarteten wir, dass man uns in einem von den Panzerwagen der Armee belagerten palästinensischen Hospital, in dem die Mehrheit der Insassen durch ebendiese Armee schwer verwundet worden war, warmherzig und freundlich aufnehmen würde. Dennoch konnten wir mit den palästinensischen Verwundeten die Nacht verbringen, wobei wir Gespräche führten und eingeladen wurden, mit ihnen Kaffee zu trinken. Ein Teil dieser Palästinenser hatte an den Kämpfen teilgenommen. Einer von ihnen

erzählte, dass der Ambulanzwagen, der ihn zum Hospital bringen wollte, durch die Armee abgefangen worden sei und dass man ihn in ein Verhörerzentrum gebracht habe und dort zunächst im Regen liegen lassen habe. Der Militärarzt, der ihn bloß so weit behandelt habe, dass man die Vernehmung fortsetzen konnte, habe aber nicht die Absicht gehabt, ihn wirklich medizinisch zu versorgen. Ein anderer Verwundeter interessierte sich dafür, wie es den Menschen in Israel gehe und was die Leute von Sharon hielten. Früher, zu Beginn des Aufstands, hatte er in Tel Aviv im Baugewerbe gearbeitet. Seit mehr als einem Jahr war er nun arbeitslos.

Für uns alle, die wir hier anwesend waren, war diese Nacht eine Begegnung mit der Möglichkeit, dass dieser nun schon fast hundert Jahre andauernde Krieg beendet werden kann. Es war eine Begegnung mit der Möglichkeit, dass Palästinenser und Israelis dieses Land, das so viele Tote erlebt hat, miteinander teilen können. Diese Nacht war für uns ein nun schon seit sieben Jahren der Verhandlungen zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde geöffnetes Fenster zum Ausblick auf Gelegenheiten, die dann doch in einem unnötigen Blutvergießen gipfeln sollten. Dennoch: Wir waren und wir sind noch immer eine Handvoll von Träumern, die laut schreien, dass Israelis und Palästinenser ihre Zukunft miteinander teilen können, dass eine Zukunft ohne Kriege möglich ist und dass sie zum Greifen nahe gerückt ist.

Wenn der Friede durch Dialog gebaut werden muss, dann sind es die Regierungen, welche die politischen Voraussetzungen dafür schaffen können und müssen, dass der Dialog möglich wird.

Friede und Versöhnung: Die logische Perspektive und die palästinensisch-israelische Wirklichkeit

Es gibt keine De-luxe-Kriege. Der Krieg ist der Herrschaftsbereich von Tod und Verbrechen. Obwohl es gerechte Kriege geben mag, wie z.B. den Krieg gegen Nazi-Deutschland, und so gerecht auch ein Krieg sein mag, so bewirkt der Krieg doch, dass Grausamkeiten begangen werden, die für die Bevölkerung äußerst schweres Leid mit sich bringen. Im Fall Deutschlands z.B. hatte die Bombardierung Dresdens durch die Alliierten keinen militärischen Zweck. Dresden wurde aus Rache bombardiert und verursachte für die nicht kämpfende Zivilbevölkerung unnötiges Leid.

Dies muss in Rechnung gestellt werden, wenn man von Versöhnung spricht, oder mit anderen Worten: wenn wir hinausgehen wollen über den militärischen Aspekt der Feuereinstellung und den politischen Aspekt des Friedensschlusses. Die Versöhnung ist Sache der Zivilgesellschaft und hat mit den durch die Gewalt geschlagenen offenen Wunden zu tun.

Die Beendigung eines Konfliktes durchläuft drei wesentliche Phasen. Die erste ist die Feuereinstellung, die bewirkt, dass man vom Waffengebrauch zum Verhandlungstisch überwechselt. Das bedeutet, dass die Konfliktparteien sich verpflichten

ten, Gewaltanwendung zu vermeiden, solange die Verhandlungen im Gang sind. Diese Phase muss das Vorhandensein der Voraussetzungen einschließen, die eine wirkliche Entwicklung der Verhandlungen ermöglichen, unter anderem z.B. - in einem internationalen Konflikt - die Freilassung von Kriegsgefangenen oder - im Fall eines Konfliktes innerhalb ein und desselben Staates - von politischen Gefangenen, den Teilabzug oder den völligen Abzug von Truppen oder - im Fall eines inneren Konfliktes - polizeiliche Maßnahmen, die es der Opposition ermöglichen, in aller Freiheit und ohne Anwendung von Waffen ihre Meinung zu äußern; und schließlich muss es Möglichkeiten zur Überprüfung der Entwicklung des Prozesses an sich und der Anwendung der vertraglichen Vereinbarungen geben.

Die zweite Phase ist ein zwischen den Parteien geschlossener politischer Vertrag: ein Friedensvertrag, der nur aus einer Einstellung der Feindseligkeiten hervorgehen kann. In dieser Phase schließen die Parteien einen Vertrag über die in Zukunft zwischen ihnen vorgesehenen Beziehungen, über die Aufteilung von Territorien, die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen und die Art und Weise, wie künftige Konflikte in Verhandlungen gelöst werden sollen; oder auch über die innerstaatlichen politischen Regeln, die es beiden Parteien ermöglichen, sich frei zu äußern und innere Konflikte mit friedlichen Mitteln zu lösen.

Schließlich kann man dann von einem Prozess der Versöhnung reden. Die Versöhnung zwischen den Konfliktparteien dient dem Ziel, die Probleme, die zu den Feindseligkeiten geführt haben, zu lösen, indem man die Möglichkeit schafft, dass die während des Konfliktes geschlagenen Wunden vernarben können und dass die Verbrechen, welche die kriegführenden Parteien während der Feindseligkeiten begangen haben, wiedergutmacht werden, so dass bei den Konfliktparteien das Empfinden geweckt wird, dass das Ende des Konfliktes Gerechtigkeit mit sich bringt.

Aus institutioneller Sicht handelt es sich hier um aufeinander folgende Etappen, von denen keine übersprungen werden kann. Es können auch keine Voraussetzungen zu einer Versöhnung geschaffen werden, ohne dass die Konfliktparteien und ihre Opfer das Empfinden haben könnten, dass durch Wiedergutmacht für das Erlittene Gerechtigkeit geschaffen wurde. Zugleich kann ein Friedensprozess, obwohl es ein politischer Prozess ist, nicht vorankommen ohne die aktive Mitwirkung der Zivilgesellschaft. Es ist die Zivilgesellschaft, die Druck ausüben muss für eine gewaltfreie Lösung im Konflikt; es sind die Interessen der Zivilgesellschaft, die in den politischen Verhandlungen über einen Friedensprozess dominieren müssen; und schließlich geschieht Versöhnung nicht zwischen

Der Autor

Sergio Nicolás Yahni, geb. in Argentinien, in einem Kibbuz in Israel aufgewachsen. Graduiert an der Hebräischen Universität in Jerusalem, wo er Geschichtswissenschaft und Philosophie studiert hatte. Seit 1998 Aktivist für Frieden und soziale Gerechtigkeit in Israel. Er war Direktor des Alternative Information Center, einer gemeinsamen israelisch-palästinensischen Nicht-Regierungs-Organisation mit Niederlassungen in Jerusalem und Bethlehem. Anschrift: c/o The Alternative Information Center, P.O. Box 31417, Jerusalem 91313, Israel.

politischen Einheiten, sondern zwischen den Bürgern auf beiden Seiten des Konfliktes.

Derart war auch die *road map*, die „Aufzeichnung der Marschroute“, die zum Ende der *Apartheid* in Südafrika führte. Zunächst wurde der Afrikanische Nationalkongress (ANC) legitimiert, und die politischen Gefangenen wurden freigelassen, unter ihnen selbstverständlich auch Nelson Mandela. Dieser Prozess schuf Raum für Verhandlungen, die in politischen Wahlen gipfelten. Mit den allgemeinen Wahlen in Südafrika war nicht nur das Ende der *Apartheid* für die politische Zukunft des Landes gekommen, sondern sie schufen auch die Voraussetzungen für die Versöhnung zwischen den Konfliktparteien, die vorangetrieben wurde durch Erzbischof Desmond Tutu. Innerhalb des in Südafrika in Gang gekommenen Prozesses gab es parallel zu der institutionellen Entwicklung der Beziehungen zwischen der Regierung und dem ANC einen Prozess, an dem Organisationen der Zivilgesellschaft beteiligt waren, nämlich Gewerkschaften, Kirchen, NROs („Nicht-Regierungs-Organisationen“), die nicht nur ermöglichten, dass der Prozess sich immer weiter entwickelte, sondern auch Vorschläge und Forderungen vortrugen, die sich auf die politischen Verhandlungen selbst bezogen.

Der palästinensisch-israelische Friedensprozess aber folgte einer völlig anderen Linie. Obwohl es eine formelle Erklärung über die Beendigung der Feindseligkeiten zwischen den Konfliktparteien gab, gab es keine Amnestie für die palästinensischen politischen Gefangenen. Die Errichtung von Siedlungen in den von Israel besetzten Gebieten ging ohne jede Behinderung weiter. Die israelische Regierung handhabte eine Politik summarischer Exekutionen palästinensischer Aktivisten und ermöglichte nicht die Entwicklung eines unabhängigen und souveränen Palästinenserstaates, der als Instrument für den Übergang von der Beendigung der Feindseligkeiten zu einem Friedensprozess hätte dienen können. Obwohl die israelische Zivilgesellschaft die staatlichen Institutionen gedrängt hatte, den Friedensprozess in Gang zu setzen, demobilisierte sie sich gleichzeitig während dieses Prozesses selbst und überließ es der politischen Gesellschaft und ihren einander widerstreitenden Interessen, diesen Prozess als ihr Monopol zu behandeln.

Im April 2000, als der Friedensprozess schon sieben Jahre andauerte, veröffentlichten 135 palästinensische Intellektuelle in der Zeitung *Ha'aretz* einen offenen Brief an die israelische und jüdische Öffentlichkeit. Darin sagten die Unterzeichner, die derzeitigen Ereignisse seien weniger Samenkörner des Friedens, sondern bereiteten eher den nächsten Krieg vor. „Die große Mehrheit der Palästinenser, zu denen auch wir selbst uns zählen, ist überzeugt, dass der Augenblick für eine Übereinkunft des Verstehens und für den Frieden zwischen uns und den Israelis gekommen ist. Eine Übereinkunft, die uns ein gemeinsames und friedliches Leben in diesem Land, ermöglichen könnte, ein Leben weit entfernt von den Ungerechtigkeiten und dem Schmerz, die unser Volk durch die Hände der Israelis erlitten hat. Ebendiese Mehrheit der Palästinenser glaubt, dass der Friede auf zwei Prinzipien gegründet sein wird: auf Gerechtigkeit und auf den damit verbundenen Erfordernissen für das zukünftige Leben.“ Dieser

offene Brief sagte auch, dass die derzeitige Wirklichkeit weit entfernt von all dem sei, „da eine der Konfliktparteien voraussetzte, dass die Machtverhältnisse zu ihren Gunsten auszulegen seien, dass sie dazu neige, die andere Partei herabzusetzen und sie zu zwingen, jeden beliebigen Vorschlag zu akzeptieren. So wird der erhoffte historische Kompromiss umgewandelt zu einem Abkommen der Israelis mit sich selber und nicht mit den Palästinensern.“

Die Veröffentlichung dieses offenen Briefes war das letzte Mal, dass die Vernunft das Wort ergriff im Rahmen des palästinensisch-israelischen Konfliktes. Einige Monate später, während des Gipfeltreffens von Camp David II, verfolgte Ehud Barak, der israelische Ministerpräsident, das Ziel, den palästinensischen Präsidenten Yassir Arafat zur Kapitulation zu zwingen und die fundamentalen Prinzipien des nationalen Befreiungskampfes der Palästinenser aufzugeben. Barak setzte voraus, dass die schwache Position des palästinensischen Führers diesem keine andere Alternative lasse, und so machte er Arafat den als Ultimatum formulierten Vorschlag der Gründung eines formell unabhängigen, aber nicht souveränen Staates. Als Gegenleistung für dieses Angebot sollten die Palästinenser auf das Recht der Rückkehr verzichten und erklären, dass der Konflikt damit beendet sei und keine zusätzlichen palästinensischen Ansprüche mehr bestünden.

Es war nicht nur so, dass Arafat dieses Ultimatum nicht akzeptierte und dass er es auch nicht hätte akzeptieren können, sondern dass sich für die Palästinenser in diesem Verhalten des israelischen Premiers die Tag für Tag gemachten Erfahrungen der letzten sieben Jahre widerspiegelten: die totale politische Kontrolle durch Israel; der völlige Mangel an Achtung des Palästinensers als Individuum, seiner Träume und seines Eigentums; und schließlich die fehlende Bereitschaft, auch nur die geringsten Konzessionen in Achtung der Hoffnungen und Träume des palästinensischen Volkes zu machen. Auf diese Weise hatte Barak der Gewalt das Wort erteilt, und die Erhebung des palästinensischen Volkes war nur noch eine Frage des Zeitpunkts geworden. So war der palästinensisch-israelische Friedensprozess an sein Ende gelangt.

Die in Washington am 13. September 1993 unterzeichnete Grundsatzerklärung (*Declaration of Principles - DOP*) hatte für sieben Jahre die politischen Beziehungen zwischen Israel und den Palästinensern geregelt. Diese Verträge, die auch unter dem Namen „Oslo-Verträge“ bekannt geworden sind, weil die Verhandlungen darüber in der Hauptstadt Norwegens stattgefunden hatten, verfolgten das Ziel, die Voraussetzungen zu schaffen, die schrittweise zu einem auf zwischen Palästinensern und Israelis ausgehandelten Frieden führten, der sieben Jahre lang dauern sollte.

Vernünftigerweise waren diese Verträge in der Weise konzipiert, dass jeder Schritt voran Vertrauen zwischen den Konfliktparteien schaffte und dass zugleich im Blick auf die betreffenden Gebiete Tatsachen geschaffen wurden, die den Friedensprozess tragfähig machten. So richtete die *Declaration of Principles* z.B. die Palästinensische Autonomiebehörde ein (*Palestinian Authority - PA*), eine embryonale Regierung eines unabhängigen Palästina, und gleichzeitig schuf sie

die regionalen und internationalen Voraussetzungen für den Wiederaufbau der palästinensischen Ökonomie und die politischen Voraussetzungen, die es ermöglichten, Organisationen einer palästinensischen Zivilgesellschaft zu schaffen, die bisher von Israel verboten worden waren.

Problematisch war es, dass Israel nicht die Einbeziehung einer dritten Partei akzeptiert hatte, die den gesamten Prozess und die Anwendung der Verträge überwacht hätte, so dass die Verwirklichung der Vereinbarungen der *Declaration of Principles* bloß auf den guten Glauben der beiden Vertragsparteien angewiesen war. Die Tatsache, dass es keine Begleiter des Prozesses gab und dass keine Mechanismen eingerichtet worden waren, die es ermöglichten, den Prozess auch in Zeiten der Krise - wenn der gute Glaube verschwunden war - voranzutreiben, überließ den Friedensprozess der bloßen Gnade einseitiger Interpretation durch Israel, da Israel nun einmal die militärische und wirtschaftliche Macht in der Region in Händen hält.

Der Zionismus: Die offizielle Ideologie Israels

Der Staat Israel ist die politische Ausdrucksform der zionistischen Kolonisierungsbewegung. Der Zionismus als Ideologie und Praxis entstand Ende des 19. Jahrhunderts in Mitteleuropa. Die zionistische Bewegung hatte zwei Hauptziele: die Kolonisierung Palästinas und die Schaffung eines jüdischen Staates.

Der Zionismus war eine jüdische Ausdrucksform der nationalistischen Renaissance in Osteuropa gegen Ende der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Ebenso wie bei den anderen Nationalitäten jener Zeit war die erste Ausdrucksform des jüdischen Nationalismus die Wiedergeburt der Sprache - des Hebräischen - und die Übernahme romantischer Forderungen, die in der Auswanderung nach Palästina und in seiner Besiedlung den einzigen Ausweg sahen, der es ermöglichte, sich einer heroischen Vergangenheit zuzuwenden, die den Gegensatz zu einer erniedrigenden Gegenwart bildete. In der von der nationalistischen Romantik gesuchten mythischen Vergangenheit waren die Juden ein Volk kampffreudiger Bauern, ganz im Gegensatz zur Gegenwart, in der die Juden sich zu einem Volk von Opfern und kleinen Händlern verwandelt hatten.

Der Zionismus deutete die Unterdrückung der Juden in Osteuropa nicht als Folge der sozialen und politischen Lebensbedingungen in jener Region, sondern als ein wesentliches Kennzeichen der ethischen und moralischen Verderbnis des Volkes in der lange dauernden Zeit seines Exils. In der Diaspora habe der Jude sich eine parasitäre Form des Lebens auf Kosten des *Goj*, des Heiden, zu eigen gemacht, und deswegen sei der Hass des *Goj* auf den Juden ganz natürlich, und so habe er den Juden zum Opfer gemacht. Daher bedeutete die nationalistische Revolution nicht bloß die Errichtung einer jüdischen Souveränität in Palästina, sondern auch die Regeneration des Juden.

Die Besiedlung Palästinas, die Gründung von Städten und von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften geschah in zwei unterschiedlichen Formen.

Einige Initiativen erzeugten Produkte für den internationalen Markt, indem sie einheimische (arabisch-palästinensische) Arbeiter beschäftigten, und so entstand eine Gesellschaft ähnlich der südafrikanischen *Apartheid*. Andere entwickelten eine Praxis, die an die national-revolutionäre Vision erinnerten. Für diese bestand das Ziel der Auswanderung nach Palästina in der Umformung des Juden und der Ausschließung des einheimischen arabischen Palästinensers. In seiner revolutionären Form macht der zionistische Nationalismus schließlich die Forderung ethnischer Reinheit als zentrales Element der Befreiung des Landes und des Volkes Israel geltend.

Die britische Krone, die seit Beendigung des Ersten Weltkriegs die Herrschaft in Palästina innehatte, ermöglichte die Gestaltung der jüdischen Kolonisierung und ihrer Praktiken derart, dass es in den Siedlungsgebieten schon von den ersten Anfängen an zur Ausbeutung des Palästinensers, zur Verarmung seiner Gemeinden und zur Ermöglichung der ethnischen Säuberung kam. Mit der Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 aber erreichte die ethnische Säuberung mit der Deportation von 90 Prozent der palästinensischen Bevölkerung aus den staatlichen Territorien ihren Zenit. Die restlichen 10 Prozent der palästinensischen Bevölkerung in Israel mussten sich unter Bedingungen der Segregation und der ständigen Unterdrückung in die israelische Gesellschaft einordnen.

Die zionistische Ideologie, die Anspruch erhebt auf einen ausschließlich jüdischen Staat und auf die Kolonisierung, ist immer noch Israels offizielle Ideologie und Praxis. Auf diese Weise hat Israel die während des Krieges von 1948 eroberten und entvölkerten Gebiete sowie seit dem Eroberungskrieg von 1967 das westlich des Jordans gelegene Gebiet und den Gazastreifen kolonisiert. Israel hat seine kolonialisatorische Gier niemals bezähmt, auch nicht während des Friedensprozesses. So hat sich z.B. die Zahl der Siedler in der Westbank und im Gazastreifen (abgesehen von Ostjerusalem) in der Zeit von 1993 bis 2000 immer weiter vermehrt, und zwar von 100.000 im Jahr 1993 bis auf 200.000 im Jahr 2000.

Der Fall Palästina und die Anwendung der internationalen Regeln

Die Ziele des nationalen Befreiungskampfes der Palästinenser gehen nicht über den wesentlichen Inhalt der Resolutionen der Vereinten Nationen hinaus: (1) Schaffung eines unabhängigen und souveränen palästinensischen Staates (Resolution 181 der Vollversammlung der UNO), (2) das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge (Resolution 194 der Vollversammlung), (3) Rückzug der israelischen Truppen aus der Westbank und dem Gazastreifen (Resolutionen 242 und 338 des Sicherheitsrates der UNO). Konsequenterweise fordern die Organisationen, welche die PLO bilden, während der gesamten Zeit, seit die israelische Okkupation andauert, dass Israel seinen Verpflichtungen gegenüber dem vierten Artikel der Genfer Konvention nachkommen müsse.

Ein Verhalten gemäß den Regeln des internationalen Rechtes und der Resolutionen der UNO würde aber das zionistische Kolonisierungsprojekt einengen. Ebenso würde die Durchsetzung der Resolutionen der internationalen Gemeinschaft den Charakter Israels als eines ethnisch exklusiven Staates gefährden. So steht der Staat Israel im Widerspruch zu dem empfohlenen Rahmen für die Lösung des palästinensisch-israelischen Konfliktes: zur Respektierung und Anwendung der Resolutionen der internationalen Gemeinschaft. Deswegen befindet sich der Staat Israel nicht nur im Konflikt mit dem palästinensischen Volk, sondern auch mit der internationalen Gemeinschaft.

1993 hat Israel sich bereit erklärt, in Verhandlungen über die Zukunft der 1967 besetzten Gebiete einzutreten, aber nur unter der Bedingung, dass es dabei um bilaterale Verhandlungen gehen sollte und dass diese sich nicht auf die internationalen Regelungen beziehen dürften. Auf diese Weise wurden die Rechte des palästinensischen Volkes relativiert, da die Machtbeziehungen und nicht das internationale Recht die Durchführung der beiderseitigen Vertragsverpflichtungen diktieren sollten.

In der Erklärung der palästinensischen Intellektuellen aus dem Jahr 2000 hieß es: „Die Geschichte hat gezeigt, dass allein jene Verträge, die auf gegenseitiger Anerkennung, auf Gerechtigkeit und Gleichheit basieren, eingehalten werden können. Und dass jene Verträge, die auf Gewalt und Erniedrigung basieren, zu noch mehr Kriegen und Unheil führen werden.“ Dieses Unheil begann am 29. September des Jahres 2000.

Die Herausforderung an die Zivilgesellschaft

Am Freitag, dem 29. September 2000 wurden auf der Esplanade des *Haram al Sharif* von der israelischen Polizei fünf muslimische Gläubige getötet, als sie dagegen protestierten, daß Ariel Scharon am Tage davor diesen Ort auf provozierende Weise besucht hatte. Der *Haram al Sharif*, die Esplanade der Al-Aksa-Moschee in Jerusalem, bei Christen und Juden als der Tempelberg bekannt, ist das dritt wichtigste Heiligtum des Islams. Nach der Überlieferung der monotheistischen Religionen ist dies der Ort, wo der Tempel Salomons gestanden hat, und nach muslimischer Überlieferung ist Muhammad von hier aus in den Himmel aufgestiegen. Der *Haram al Sharif* für die einen oder der *Tempelberg* für die anderen ist zu einem explosiven nationalen und religiösen Symbol geworden, das zwischen beiden Gemeinschaften umstritten ist. Die Schüsse der Polizei wurden als Profanierung, als Schändung dieses Ortes gedeutet. Am darauf folgenden Samstagmittag übertrugen die Fernsehsender in aller Welt die Bilder von Muhammad a-Dura, einem palästinensischen Kind, das während einer in Gaza stattfindenden Protestdemonstration gegen die Schändung des *Haram al Sharif* in den Armen seines Vaters starb. Die Demonstrationen griffen dann über auf die palästinensische Bevölkerung Israels. Die Politik der israelischen Armee – die bereits auf einen möglichen Aufstand der Palästinenser vorbereitet war – bestand darin,

sofort und mit Waffengewalt jede Manifestation des Missfallens der Volksmassen zu unterdrücken, und so gab es bald sowohl in den besetzten palästinensischen Gebieten als auch unter der palästinensischen Gemeinschaft Israels eine große Menge von Toten.

Die Organisationen der Zivilgesellschaft in Israel, die sich während der sieben Jahre des Friedensprozesses mehrheitlich in die institutionellen Pläne der israelischen Regierung integriert hatten, hatten sich entpolitisiert und demobilisiert und reagierten nicht auf die Tötungen und die Unterdrückung. Ganz im Gegenteil: Sie unterstützten die Regierungspolitik, da sie der Palästinensischen Autonomiebehörde die Schuld an der neuen Welle von Gewalt zuschoben. So zerrissen die schwachen Verbindungen des Dialogs, die es immer noch gegeben hatte.

Nur kleine Minderheitengruppen hatten den Mut, auf die Politik der Regierung zu reagieren. Es waren dies die Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen, die Frauenbewegung und eine neue Gruppe, die sich in eigener Verantwortung solidarisch erklärte mit dem Prinzip des Aufstands: *Ta'ayush*, dem arabischen Wort für Koexistenz. Diese Gruppe von israelischen und palästinensischen Aktivisten, alle israelische Staatsbürger, erklärte, wenn der Kampf für den Frieden nicht zugleich ein gemeinsamer israelisch-palästinensischer Kampf für Gleichberechtigung und Gerechtigkeit wäre, sei er kein wirklicher Kampf für den Frieden, sondern es wäre ein Rückfall in die institutionellen Standpunkte der Konfrontation zwischen den beiden Völkern. Die Vision eines gemeinsamen arabisch-jüdischen Kampfes wurde auch von der Frauenbewegung vertreten, in der jüdische Frauen und palästinensische Frauen mit israelischer Staatsbürgerschaft zusammenarbeiten. Diese Frauenbewegung betreibt auch Projekte mit feministischen Organisationen in den besetzten palästinensischen Gebieten. Schließlich stellte die Bewegung der Kriegsdienstverweigerer die militaristische Konzeption des Staates und das Recht der Exekutive in Frage, sich der Armee als repressiver Macht zu bedienen.

Diese drei Bewegungen waren der Kern der neuen politischen Äußerungen innerhalb der israelischen Gesellschaft, die nicht nur einen Kampf für den Frieden forderten, sondern Israels Okkupations- und Kolonisationspolitik als solche in Frage stellten. Wenn es während des Oslo-Prozesses in Israel ein Lager für den Frieden gab, so entstand während des Aufstands ein Lager gegen die Besetzung, das im Unterschied zu dem erstgenannten Lager die offizielle Ideologie des Staates, nämlich den Zionismus, in Frage stellte.

Für Frieden und Versöhnung

Der Friedensprozess, der 1993 begonnen hatte, verfolgte nicht das Ziel, den Kolonisationsprozess einzuschränken, der den Staat Israel und seine offizielle Ideologie charakterisierte. Und so konnten niemals die Voraussetzungen für eine Beendigung der Feindseligkeiten geschaffen werden: Nie konnten die politischen

Gefangenen freigelassen werden, und der Siedlungsbau in der Westbank und im Gazastreifen ging ungestört weiter. Und mehr als das: Wenn während des Friedensprozesses die nationale palästinensische Bewegung zunächst durch die PLO und dann durch die Palästinensische Autonomiebehörde die Legitimität des Staates Israel anerkannt hatte, so hat dieser niemals in einem bilateralen Prozess, der die zwischen den beiden Konfliktparteien bestehenden Unterschiede der wirtschaftlichen, militärischen und politischen Macht augenfällig gemacht hätte, die Legitimität der palästinensischen Ansprüche anerkannt.

Damit ein erster Schritt in Richtung auf einen Prozess des Friedens zwischen Palästinensern und Israelis möglich wird, muss die Einstellung der Feindseligkeiten zwischen den beiden Parteien durchgesetzt werden, und dazu bedarf es der Intervention der internationalen Gemeinschaft, welche gegenüber den Konfliktparteien Normen des internationalen Rechts durchsetzt und die von Israel verhängte Bilateralität aufbricht.

Dies wird nur ein erster Schritt voran sein, der dann Raum schaffen wird für einen Dialog zwischen Palästinensern und Israelis. Eine Einstellung der Feindseligkeiten wird die Möglichkeit schaffen, dass die innerhalb der israelischen Gesellschaft vorhandenen Gruppen von Dissidenten Alternativen zur offiziellen Staatsideologie vortragen können, und dies wird dann wirklich ein großer Schritt vorwärts sein und die Eröffnung eines Prozesses der Versöhnung zwischen Palästinensern und Israelis.

Ohne die Intervention der internationalen Gemeinschaft und die Eindämmung der kolonisatorischen Praktiken Israels aber werden die Freiräume für Dialog und Verhandlungen zwischen den beiden Gemeinschaften verbarrikadiert werden, und dafür werden der Gewalt und dem Tod Tür und Tor geöffnet werden.

Aus dem Spanischen übersetzt von Dr. Ansgar Ahlbrecht